

PM des AfD-Stadtverbandes zu den Äußerungen des Vorsitzenden von Arcelor Mittal Reiner Blaschek

Die MOZ titelte im Kommunalteil, Seite 17, vom 29.12.2023 mit, dass der Stahlverband die AfD als Bedrohung ansehe. Dazu nehmen wir wie folgt Stellung:

Der amtierende Vorsitzende von Arcelor Mittal, zu dem auch das EKO in Eisenhüttenstadt gehört, hat sich zum Jahresende zu einer Hetze gegen die AfD hinreißen lassen. In einem Tweet bezüglich des Ausfalls des BDI-Vorsitzenden zur AfD schrieb er: *„Danke an den Präsidenten des BDI für diese klare Kante gegen rechts“, die wir ... zu 100% unterstützen“.*

Der BDI-Präsident Siegfried Russwurm postete auf X: *„Die AfD ist schädlich für die Zukunft von uns allen – für die Wirtschaft, für unser Ansehen und unseren Erfolg in der Welt...“.* Weiter führte er aus: *„Es ist an der Zeit, uns den Aussagen der AfD öffentlich entgegenzustellen.“*

Dazu kommentiert der AfD-Stadtverband:

Diesen beiden oben genannten Vertretern steht es nicht zu sich als Funktionsträger derart negativ über eine demokratisch legitimierte Partei, die allein vom Souverän, den deutschen Wählern, in die Parlamente auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene entsandt wurde, zu äußern. Die AfD ist die einzige Partei, die noch konsequent für die Bürger Politik macht.

Was haben diese beiden Vertreter der deutschen Industrie bisher zu der katastrophalen Verschlechterung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen durch die Ampel- resp. Merkel-CDU-Regierung gesagt?

Die mittlerweile grassierende Inflation, der exorbitante Anstieg der Energiepreise durch eine verheerende, ideologisch dominierte Dekarbonisierungs-, Antikernkraft- und Außenhandelspolitik, die seit Jahren sträflich vernachlässigte Infrastruktur und letztlich auch Bildungspolitik haben die wirtschaftliche Stärke Deutschlands massiv geschadet. Wie soll der Stahl in Eisenhüttenstadt unter diesen Bedingungen produziert werden? Die Transformation zum Grünen Wasserstoff als Energiequelle wird nicht funktionieren. Die dafür erforderlichen Steuermilliarden sind nicht da. Doch dazu äußern sich diese Herren Wirtschaftsvertreter natürlich nicht. Wieso auch?

Ausbaden muss es neben den arbeitenden Bürgern auch der deutsche Mittelstand, der ca. 70% unserer Wirtschaftskraft schultert. Die Vertreter der Großindustrie lassen sich auf deren Kosten Vergünstigungen bei den Energiepreisen und satte Beihilfen von der Politik gewähren, die aber aufgrund des Bundesverfassungsgerichts auf der Kippe stehen. Durch Steuererhöhungen werden nun die Bürger und der Mittelstand weiter ausgepresst. Es gibt schon Gerüchte, dass der Standort Eisenhüttenstadt in Gefahr ist, wenn die Subventionen